

**Adresse des Zentralkomitees an das Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion  
zur Lage in Westberlin und in Westdeutschland  
und zu den Aufgaben zur Sicherung des Friedens**

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat am 2. Dezember 1958 die in der Note der Sowjetregierung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik enthaltenen und mit dem Politbüro unserer Partei beratenen Vorschläge zur Beendigung des ungerechtfertigten ausländischen Besatzungsregimes in Westberlin eingehend erörtert. Es stimmt ihnen vollinhaltlich zu, weil sie der Festigung des Friedens und somit den nationalen Interessen des deutschen Volkes dienen.

Der V. Parteitag unserer Partei erklärte, es gelte, ganz Berlin zur Stadt des Friedens zu machen, der „Frontstadtpolitik“ in Westberlin ein Ende zu bereiten, normale friedliche und demokratische Verhältnisse in Westberlin zu schaffen und die Normalisierung des Verhältnisses von Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen.

*Das friedliche Leben unseres Volkes und der anderen europäischen Völker wird durch die atomare Aufrüstung Westdeutschlands als hauptsächlichliche NATO-Atomkriegsbasis bedroht. Westberlin ist hierbei zu einem Hauptgefahrenherd geworden, von dem aus die imperialistischen Aggressoren Kriegs Provokationen organisieren wollen.*

Westberlin wurde, wie der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. S. Chruschtschow, sagte, zu einer Krebsgeschwulst am Körper Europas. Um den Frieden zu festigen und die deutsche Frage ihrer Lösung näherzubringen, muß diese bösartige Geschwulst Westberlin beseitigt werden. Nur dadurch entsteht in dem vom Frontgeist verseuchten westlichen Teil der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik die Perspektive einer friedlichen Wirtschaft und Kultur.

*Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Heil dieser Stadt, Westberlin, ist von den westlichen Besatzungsmächten unter Mißbrauch der Rechte, die ihnen das Potsdamer Abkommen und die mit ihm verbundenen Vereinbarungen zeitweise gaben,*